

PRESSEMITTEILUNG – SOFORT ZUR VERÖFFENTLICHUNG

Coffee Watch und andere NGOs nennen Nestlé, AmRest/Starbucks und NKG/Dallmayr und werfen ihnen Potentielle Verstöße gegen das deutsche Lieferkettengesetz in den Kaffeelieferketten vor

Berlin, 30. Oktober 2025:

Die Organisationen *Coffee Watch*, *International Rights Advocates* und weitere NGOs haben beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) Anzeigen nach dem deutschen Lieferkettengesetz gegen *Nestlé*, *AmRest/Starbucks* und *Dallmayr* eingereicht. Die Berichte dokumentieren schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferketten der Unternehmen auf Kaffeeplantagen in China, Mexiko, Brasilien und Uganda – darunter Kinder- und Zwangsarbeit, massive Verstöße gegen Arbeitsschutzstandards sowie Lohnausbeutung. *AmRest* betreibt die Starbucks-Filialen in Deutschland. *Dallmayr* bezieht ugandischen Kaffee von der *Neumann Kaffee Gruppe (NKG)*. NKG wiederum verkauft ugandischen Kaffee auch an *Lavazza*, die *Edeka/Netto*, *Rewe/Penny/Lekkerland*, *Metro* und *Lidl* beliefern – allesamt Unternehmen, die ebenfalls dem Lieferkettengesetz unterliegen sollten.

„Unsere Berichte zeigen gravierende Menschenrechtsverletzungen in den globalen Kaffeelieferketten. Auf Plantagen, die Nestlé, Starbucks, die Neumann Kaffee Gruppe und andere beliefern, schufteten Kinder, Menschen werden schikaniert und ihre Rechte verletzt. Wir sind überzeugt, dass die Probleme ernst, systematisch und weit verbreitet sind. Die deutschen Behörden müssen handeln, damit die genannten Unternehmen endlich Verantwortung übernehmen“, fordert *Etelle Higonnet*, Direktorin der Organisation Coffee Watch.

„Tatsächlich sollten die deutschen Behörden sicherstellen, dass alle Deutschen ihren morgendlichen Kaffee trinken können, ohne moderne Sklaverei, Kinderarbeit oder andere Missstände zu unterstützen – es ist absurd, dass NGOs Alarm schlagen müssen, statt der Bundesregierung.“

Die Organisation kritisierte die von CDU/CSU und SPD geplante Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes:

„Wer das Lieferkettengesetz schwächt, nimmt Arbeiter:innen in den Herkunftsländern vielleicht ihrer einzigen Chance auf Gerechtigkeit – oft betrifft das Minderjährige, die keine Stimme, keine Rechte und keine Lobby hinter sich haben. Misshandelten Kindern und versklavten Menschen Gerechtigkeit zu verweigern, ist einfach unmoralisch.“

CDU/CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, das sogenannte Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abzuschaffen. Es gilt seit Anfang 2023 und verpflichtet große Unternehmen in Deutschland mit mehr als 1.000 Beschäftigten, die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards entlang ihrer gesamten

Lieferkette sicherzustellen. Bei Verstößen gegen die Sorgfaltspflichten drohen Bußgelder – bis zu acht Millionen Euro oder bis zu zwei Prozent des weltweiten Jahresumsatzes.

Das *Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)* ist für die Aufsicht zuständig, und dort haben die Organisationen nun ihre offizielle Eingabe eingereicht.

„Wer Menschenrechts- und Umweltverletzungen in seinen Lieferketten ignoriert, muss mit harten Konsequenzen rechnen – nur wenn das Gesetz durchgesetzt wird, werden freiwillige Nachhaltigkeitsversprechen der Unternehmen endlich ernst genommen“, so *Etelle Higonnet*.

Verstöße auf Kaffeefarmen weltweit

Die heute von Coffee Watch beim BAFA eingereichten Berichte dokumentieren zahlreiche Verstöße, zum Beispiel:

Der Bericht „*Ghost Farms and Coffee Laundering*“ von *China Labor Watch* und *Coffee Watch* zeigt Kinderarbeit, fehlende Schutzkleidung, Diskriminierung und Lohnabzüge auf Farmen in China – teils zertifiziert nach „*C.A.F.E. Practices*“, einem Einkaufs-Programm von Starbucks. Kinder ab zwölf Jahren wurden beim Pflücken von Kaffeeirschen beobachtet, Schulpflichten missachtet und Arbeitsschutzvorschriften ignoriert.

In Mexiko dokumentiert ein Bericht von *Coffee Watch*, *Empower* und *ProDESC* weit verbreitete Arbeitsrechtsverletzungen und die systematische Ausbeutung von Kaffeebäuer:innen. Besonders indigene Produzent:innen sind von unfairen Preisen und monopolistischen Marktstrukturen betroffen, die sie in Schulden treiben.

In Brasilien belegen mehrere Berichte – darunter eine Klage vor US-Gerichten – Menschenhandel und sklavenähnliche Arbeitsbedingungen auf Farmen, die die Genossenschaft *Cooxupé* beliefern, einen wichtigen Lieferanten von Starbucks, Nestlé und anderen bekannten Kaffeemarken.

Auf der *Kaweri Coffee Plantation* in Uganda berichten 28 Arbeiter:innen von Kinderarbeit, sexueller Belästigung, fehlender Schutzkleidung, gefährlichen Arbeitsbedingungen und Löhnen von weniger als zwei Euro pro Tag. Diese Plantage beliefert *Dallmayr* und *Lavazza* direkt über die *Neumann Kaffee Gruppe*.

Pressekontakt & Anfragen:

Etelle Higonnet

info@coffeewatch.org, www.coffeewatch.org